„Lauterbach hat kein Interesse am ambulanten Bereich“

Klaus Holetschek unterstützt den Protest der Zahnärzte

Der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek nahm als einziger Landesgesundheitsminister am Protesttag der Heilberufe in Berlin teil. Er hielt damit eine Zusage ein, die er dem KZVB-Vorstand bei einer Veranstaltung im Bayerischen Landtag gegeben hat. Dr. Rüdiger Schott sprach mit dem Minister in Berlin über die Gesundheitspolitik der Ampel-Koalition.

Fotos: KZVB

Der KZVB-Vorsitzende Dr. Rüdiger Schott konnte beim Protesttag der Heilberufe ein Interview mit dem bayerischen Gesundheitsminister Klaus Holetschek führen.

Schott: Sie haben als einziger Landesgesundheitsminister am Protesttag der Heilberufe in Berlin teilgenommen. Was hat den Ausschlag dafür gegeben?

Holetschek: Ich musste gar nicht lange überlegen, ob ich an der Veranstaltung teilnehmen will. Ich finde es wichtig, dass wir die Menschen nicht vergessen, die in vorderster Reihe den Dienst am Menschen verrichten. In der Pflege sind das die Pflegekräfte, über die viel gesprochen wird. Aber die medizinischen und zahnmedizinischen Fachangestellten dürfen wir auch nicht vergessen. Die sind das Rückgrat der Arbeit in den Praxen, ohne sie würde das System nicht funktionieren. Deswegen ist es ein Ausdruck von Wertschätzung, bei so einer Veranstaltung zu sprechen. Das würde dem Bundesminister auch gut zu Gesicht stehen.

Welche Eindrücke nehmen Sie aus Berlin mit?

Ich habe gesehen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr deutlich ihre Wünsche und Bedürfnisse gegenüber der Politik artikuliert haben. Und dass ihre Sorgen und Nöte groß sind, dass es also dringenden Handlungsbedarf gibt.

Die Gesetze der Ampel-Koalition wirken sich in vielfältiger Weise negativ auf die medizinische Versorgung in Bayern aus. Was können Sie, was kann die Staatsregierung dagegen tun?

Die Fehler und Versäumnisse der Ampel klar benennen und zugleich eigene konstruktive Vorschläge in enger Abstimmung mit der bayerischen Ärzte- und Zahnärzteschaft machen. Eines dieser Gesetze mit negativen Folgen für die Versorgungssicherheit ist sicher das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz. Die Ampel-Koalition hat hier wesentliche Möglichkeiten zur Stabilisierung der GKV versäumt, die ja den Grundpfeiler der deutschen Gesundheitsversorgung darstellt. Anstatt ihrer sogar im eigenen Koalitionsvertrag festgeschriebenen Verpflichtung nachzukommen und endlich für auskömmliche Beiträge des Bundes für die Bezieher von Bürgergeld zu sorgen, wurde zunächst einmal der Rotstift bei den Leistungserbringern angesetzt. Wir haben uns hier klar gegen die Sparpläne von Bundesminister Lauterbach gewandt, etwa bei den neuen Parodontitis-Behandlungen, die erst 2021 eingeführt wurden. Zumindest haben wir Ausnahmen von der Streichung – für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung – erreicht, auch wenn diese nicht ausreichend sind. Seien Sie versichert: Wir werden nicht müde, den Bund bei jeder Gelegenheit an seine Verantwortung zu erinnern. Die Ampel-Koalition muss endlich die auskömmliche Finanzierung der GKV sicherstellen und damit die Grundlage für eine adäquate Vergütung medizinischer Leistungen schaffen.

Fast ein Viertel der niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte erreicht in den kommenden fünf Jahren das Ruhe-

standsalter. Ist sich Karl Lauterbach dieses Problems überhaupt bewusst?

Das kann Ihnen natürlich nur Karl Lauterbach beantworten. Wenn es ihm bewusst ist, dann zieht er hieraus jedenfalls keine Konsequenzen, denn seine bisherige Politik hat die vielfältigen Herausforderungen des ambulanten zahnärztlichen und ärztlichen Bereichs überhaupt nicht im Blick.

Was halten Sie von Lauterbachs „Gesundheitskiosken"?

Nicht viel, wenn sie darauf abzielen, teure und personalintensive Doppelstrukturen zu schaffen. Der Fokus muss sein, die ambulante ärztliche Versorgung zu stärken. Gerade auf dem Land. Gesundheitskioske können mancherorts eine sinnvolle Ergänzung sein, aber eben nicht mehr und bitte nicht zulasten der vorhandenen ambulanten Strukturen.

Neben dem bayerischen Gesundheitsminister Klaus Holetschek nahmen auch die CSU-Bundestagsabgeordneten Emmi Zeulner (l.) und Stephan Pilsinger (2.v.r) an der Kundgebung teil.

Bayern hat ein Förderprogramm für Hausärzte und eine Landarztquote für die Vergaben von Medizinstudienplätzen eingeführt. Brauchen wir solche Maßnahmen auch für die Zahnmedizin?

Nach aktuellem Stand ist die vertragszahnärztliche Versorgung bayernweit noch von Regel- und Überversorgung geprägt. Gemäß Ihren Daten ist bislang für keinen zahnärztlichen Planungsbereich eine Unterversorgung festgestellt; lediglich für einen kieferorthopädischen Planungsbereich wurde ein Versorgungsgrad von knapp unter 50 Prozent und somit Unterversorgung festgestellt. In Bayern gibt es 7 390 niedergelassene Vertragszahnärzte. Aus diesem Grund erachte ich weder eine Zahnarztquote noch andere Förderprogramme für Zahnärzte zum jetzigen Zeitpunkt für notwendig.

Der Landarztmangel wird durch fremdkapitalfinanzierte Medizinische Versorgungszentren verstärkt, die sich fast ausschließlich in Großstädten ansiedeln. Sie haben dazu einen Antrag im Bundestag eingebracht. Wann rechnen Sie mit einem MVZ-Gesetz aus dem BMG?

Leider sehen wir immer wieder, dass unsere Bundesratsinitiativen, die von den Ländern mit großer Mehrheit angenommen werden, im Bund liegenbleiben. Ich rufe die Bundesregierung nochmals auf, sich dieses Problems anzunehmen und unverzüglich tätig zu werden – unsere Vorschläge hierzu liegen ja auf dem Tisch.

Die Zahnärzte fordern eine sofortige Abschaffung der Budgetierung und eine Erhöhung des seit 1988 unveränderten GOZ-Punktwerts. Sehen Sie angesichts der aktuellen Mehrheitsverhältnisse im Bund irgendeine Chance, Verbesserungen für die niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte zu erreichen?

Die Vergütungsregelungen und gesetzlichen Vorgaben für ärztliche und zahnärztliche Leistungen werden auf Bundesebene grundsätzlich durch die Regierung festgelegt. Die Bayerische Staatsregierung hat nicht die erforderlichen Zuständigkeiten, um die Honorare für bestimmte zahnärztliche Leistungen zu erhöhen. In der aktuellen politischen Konstellation auf Bundesebene müssen wir zuerst einmal Schlimmeres verhindern, denn Bundesminister Lauterbach hat offenkundig kein Interesse am ambulanten Bereich und scheint vielmehr seine Ausdünnung voranzutreiben – Stichwort Polikliniken. So hat Bayern sich beispielsweise hinsichtlich der im Rahmen des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes eingeführten Sparmaßnahmen bereits im Rahmen der Länderbeteiligung kritisch geäußert. Wir haben auf die Gefahr hingewiesen, dass durch die Sparmaßnahmen faktisch Leistungskürzungen verursacht werden konnten, weil deren Erbringung nicht länger in wirtschaftlichem Rahmen möglich wäre. Unsere Einwände wurden seitens der Bundesregierung allerdings nicht beziehungsweise nur teilweise aufgenommen. Aber wir werden von bayerischer Seite nicht lockerlassen und weiter Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für niedergelassene Ärzte und Zahnärzte einbringen – so habe ich in Abstimmung mit der Selbstverwaltung in Bayern bereits Vorschläge zur Entlastung der Ärzteschaft von überflüssigen bürokratischen Anforderungen nach Berlin adressiert.

Vielen Dank für Ihr Engagement und das Gespräch!